

## **Entschließung des Dresdner CDU-Ortsverbandes Schönfelder Hochland zur jüngsten politischen Entwicklung in Deutschland und in Sachsen, beschlossen von der Mitgliederversammlung am 15.02.2018**

Der Ortsverband Schönfelder Hochland sieht bereits seit 2015 die politische Entwicklung in Deutschland mit größter Sorge und hat im März und im September 2015 zwei Entschlüsse verabschiedet, die an die Bundesvorsitzende, den Landesvorsitzenden und den Kreisvorsitzenden versandt worden sind.

Eine schriftliche Antwort haben wir damals von keinem der Adressaten erhalten. Es gab lediglich im Herbst 2015 eine Bekundung des Mißfallens aus dem Büro des Kreisvorsitzenden und ansonsten nur einen Anruf des Generalsekretärs der Landes-CDU, also Michael Kretschmers, bei unserem damaligen OV-Vorsitzenden. Ein Gespräch über Inhalte ist nicht zustande gekommen.

Auf der Grundlage dieser beiden Entschlüsse, deren Inhalte und namentlich Forderungen leider unverändert aktuell sind, **fordern wir**, und zwar vor allem von der Spitze der Bundes-CDU,

- a) in der Regierungsarbeit, vor allem in den beiden brisantesten Bereichen, nämlich Asyl- und Migration sowie EU-Finanz- und Währungspolitik, endlich zur Einhaltung des geltenden Rechts zurückzukehren und
- b) in der parteibezogenen Arbeit die CDU auf allen Politikfeldern wieder zu ihren ursprünglich konservativen Werten und Politikzielen zurückzuführen.

Dies fordern wir angesichts folgender wesentlicher Entwicklungen seit Herbst 2015:

- Es ist nunmehr recht genau im Einzelnen bekannt, dass und wie Bundeskanzlerin Merkel **2015** auf Grund einsamen Entschlusses<sup>1</sup> in massivem Bruch deutschen Rechts die Grenzen für jeden, der wollte, zu öffnen veranlaßt hat<sup>2</sup>, namentlich dass die Kanzlerin und überhaupt die Bundesregierung den Bundestag in verfassungswidriger Weise nicht im geringsten in die Entscheidungsfindung einbezogen hat.  
Von allen anderen – von vornherein absehbar gewesenen wie auch noch gar nicht absehbaren Belastungen für unser Land abgesehen, ist der Öffentlichkeit auch aufgefallen, dass plötzlich Geld ohne jede Obergrenze für den von Frau Merkel begünstigten Personenkreis zur Verfügung stand und steht, wohingegen der Staat an anderer Stelle (z. B. Familie<sup>3</sup>, Sozialsysteme, Infrastruktur, Breitbandnetzausbau) sich auf mangelnde Geldmittel berufen hat und beruft.  
Hinzu kommt die Sprengwirkung dieser Politik Angela Merkels für die EU, bis hin zu einem nach Meinung kompetenter Beobachter entscheidenden Beitrag zur Förderung der Brexit-Entscheidung des britischen Volkes.
- Die Bundesregierung und insbesondere die Bundeskanzlerin Merkel hat anhaltend bis heute den Eindruck zu erwecken versucht, keinerlei Verantwortung für unter – plausibler - Berufung auf den Islam begründete Terroranschläge oder die genauso besorgniserregende sonstige Gewaltkriminalität als angebliche „Flüchtlinge“ Eingereister oder in anderer Weise von der Asyl- und Einwanderungspolitik Begünstigter zu haben.  
Massive Versuche der Verharmlosung der Ausländerkriminalität in der Öffentlichkeit sind nachgewiesen<sup>4</sup>.

---

1. Vgl. das Buch „Die Getriebenen“ von Robin Alexander.  
2. Mannigfaltige, von der Bundesregierung nie substantiiert bestrittene Bewertungen hochkarätiger Juristen, von Jura-Professoren wie dem ehemaligen CDU-Bundesminister Rupert Scholz und dem ehemaligen Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Papier bis hin zum Rechtsgutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages,  
3. Diejenigen, die Kinder großziehen, werden in unserem Sozialsystem in großem Stil ausgebeutet, näher dazu Jürgen Borchert, Sozialstaatsdämmerung, 1. Aufl. 2013.  
4. Rund 25 % der in sächsischen Justizvollzugsanstalten Einsitzenden haben keine deutsche Staatsangehörigkeit; eingebürgerte Migranten werden von dieser Zahl noch nicht erfasst.  
Rund 50% der eines Wohnungseinbruches Tatverdächtigen haben ein ausländische Staatsbürgerschaft (FAZ

Der Versuch der Kanzlerin ganz persönlich wie auch insgesamt des Regierungsapparates, den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz durch Ignorieren des Vorganges sowie durch das Entpersönlichen der Opfer möglichst geringe Beachtung finden zu lassen und erst recht nicht mit der Grenzöffnungspolitik der Bundesregierung in Verbindung gebracht werden zu lassen, ist im Dezember 2017 deutlich erkennbar geworden.

- In der EURO-Rettungspolitik, in der EU-Politik überhaupt, hat es keinerlei Tendenzwende zu einer rechtskonformen und die organisierte Verantwortungslosigkeit in finanzpolitischer Hinsicht sowie die Zentralisierungsbestrebungen der EU-Spitze eindämmenden Entwicklung gegeben. Dies wird die EU langfristig scheitern lassen und bis dahin Deutschland schwer schädigen.
- Angela Merkel hat in bemerkenswerter Weise in den letzten Jahren zunehmend die Bezeichnungen „deutsch“, „Deutsche“ und „Deutschland“ vermieden und durch Floskeln wie „hier“, „wir“ und „bei uns“ ersetzt. Dieser natürlich bewusste Sprachgebrauch zeigt das Politikziel, das Thilo Sarrazin mit dem Titel seines berühmten Buches „Deutschland schafft sich ab“ auf den Begriff gebracht – eine Diagnose, die Merkel, soweit bekannt, nie inhaltlich bestritten hat.
- Um sich künftige Koalitionen zu erleichtern, hat die Parteivorsitzende kurz vor der Bundestagswahl im Hauruckverfahren die Abschaffung der traditionellen Ehe – als Rechtsinstitut - durch Ermöglichung einer „Eheschließung“ auch für Homosexuelle („Ehe für alle“, bis auf weiteres nur für Zweipersonenverhältnisse mit Sexualitäts-Bezug) betrieben, eine mit hoher Wahrscheinlichkeit verfassungswidrige<sup>5</sup> Regelung. Sie hat damit das Ansehen der CDU bei wertkonservativen Bürgern beträchtlich geschädigt.
- Die CDU hat bei der **Bundestagswahl 2017** die größten Verluste in ihrer Geschichte und das schlechteste Ergebnis seit 1949 eingefahren (mehr als eine Million CDU-Wähler sind zur AfD abgewandert); ebenso in der darauf folgenden Landtagswahl in Niedersachsen (nach besonderem Wahlkampfeinsatz der Parteivorsitzenden).
- In Sachsen ist die CDU nicht mehr die unzweifelhaft stärkste politische Kraft im Lande. Die CDU-Spitze hat, und zwar vor allem durch bundespolitische Entscheidungen, – für aufmerksame Beobachter: sehenden Auges - die AfD bei den Zweitstimmen in der Bundestagswahl gleichziehen lassen. Mit dem Versuch der Ächtung dieser Partei in der Öffentlichkeit ist man (der politisch-mediale Komplex) somit jedenfalls für diesmal in Sachsen krachend gescheitert.
- A. Merkel redet das **Bundestagswahlergebnis** schön<sup>6</sup>, sie macht keine erkennbaren Anstalten, von der bisherigen Linie ihrer Politik abzuweichen, sondern sieht erklärtermaßen keine Veranlassung, etwas zu ändern. Sie hat ihren willfähigen Helfer Kauder wieder zum Fraktionsvorsitzenden wählen lassen und Schäuble, der gelegentlich abweichende Ansichten hat durchblicken lassen und bisher jedenfalls die Vergemeinschaftung der Schulden in der EU zu Lasten Deutschlands noch halbwegs in Grenzen zu halten vermocht hat, auf das politische Abstellgleis geschoben.
- Angela Merkel hat auf Bundesebene die parteiinterne Analyse und organisierte Diskussion der Gründe der massiven Stimmenverluste der CDU beharrlich auf die Zeit nach der Bildung einer Regierungskoalition verschoben und dann nur im kleinen Kreise des Bundesvorstandes in ein gemütliches vorweihnachtliches Beisammensein eingebaut. Sie sorgt damit dafür, dass die CDU in die Koalitionsverhandlungen geht, ohne dass erkennbar

---

8.11.2017).

5. Es ist zu befürchten, dass A. Merkel im Interesse ihrer Unterstützung durch Grüne oder die SPD (gegebenenfalls auch der FDP) der CSU die Unterlassung der Erhebung einer dagegen gerichteten Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht abhandelt.
6. Ihr Gefolgsmann Kauder hat das desaströse Wahlergebnis der Partei als „Erreichung aller Wahlziele der CDU“ erklärt. Sollte das ehrlich gewesen sein, dann wäre die Vermeidung der massiven Verluste nicht das Ziel der CDU-Spitze gewesen.

wäre, dass eine Strategie dafür (gefunden, beschlossen) worden wäre, wie sie die vielen verlorenen Wähler zurückgewinnen will. Dazu paßt es, daß Angela Merkel den für Anfang Dezember anberaumten Bundesparteitag auf unbestimmte Zeit verschoben hat. Dieses Ignorieren des Interesses an der Zukunft der Partei schwächt die Position in den Verhandlungen und lässt sich nur damit erklären, dass es den Akteuren hauptsächlich darum geht, die Kanzlerin im Amt zu halten, und nicht um die Zukunft der Partei oder gar Deutschlands.

- Aber auch abgesehen davon ist zu befürchten, dass die CDU ihr Profil wie in den Koalitionsverhandlungen mit GRÜNEN und FDP auch in den Verhandlungen mit der SPD weiter abschwächen, dass sie in ihrem Erscheinungsbild im Wesentlichen sich weiter in eine durch die Nähe zu den Grünen und die SPD bestimmte öko-linke Richtung einordnen wird. Bei normalem Verlauf wird sie angesichts der inhaltlichen Annäherung des Erscheinungsbildes der Regierungsarbeit an SPD (oder auch die Grünen) bei den nächsten Wahlen sich weiter also auch in Richtung der Stimmenanteile dieser beiden Parteien, also in Richtung Verkleinerung des Stimmenanteils, entwickeln. Es zeichnet sich ab, dass womöglich die AfD in wesentlichen Fragen sich als die einzige Oppositionspartei im Bundestag profilieren wird. Das gilt umso mehr, als Angela Merkel ab jetzt keinerlei Rücksicht auf künftige Wahlergebnisse mehr nehmen muss, weil sie davon ausgehen wird, dass es ihre letzte Wahl war.
- Mit dem einleuchtender weise als „Mogelpackung“ bezeichneten „Einwanderungsobergrenzenkompromiss“ haben die gegenwärtigen Führungen von CDU und CSU gezeigt, dass weder das Wahlergebnis noch die Erfahrungen mit der schon jetzt offenkundigen Überforderung und dem Kontrollverlust des Staates sie dazu bringen, dem Masseneinwanderungsstreben im wesentlichen kulturfremder, islamisch geprägter Personen Einhalt gebieten zu wollen. Die „Schönwetter-Konstruktion“<sup>7</sup> der bisherigen, von Angela Merkel vorgegebenen Handhabung des Asylrechts soll schon unabhängig von allen Zwängen durch eine Koalition mit den Grünen oder auch der SPD unangetastet bleiben. Was auch logisch ist, denn es soll ja laut Merkel nichts geändert werden müssen.
- Angesichts dessen halten wir im Interesse unseres Landes, wie auch der CDU eine **grundlegende Kurskorrektur** in Richtung auf die frühere Programmatik der CDU für unerlässlich.
- Die gegenwärtige Parteivorsitzende zeigt Unbelehrbarkeit, um nicht zu sagen Starrsinn. Unverändert äußert das CDU-Spitzenpersonal weiterhin die Auffassung, man müsse dem Volk nur die eigenen politischen Vorstellungen, (faktisch die gemeinsamen Vorstellungen von CDU bis Grüne) besser „erklären“ bzw. dafür sorgen, dass bestimmte Themen in der öffentlichen Debatte gar nicht zur Sprache kämen (d.h. durch Verschweigen, Tabuisieren), dabei auf die Mithilfe der etablierten Medien rechnend.
- In Anbetracht dieser verfestigten Haltung im Spitzenpersonal der CDU wird sich der nötige grundlegende Kurswechsel nur durch ebenso grundlegendes Auswechseln des Spitzenpersonals bewerkstelligen und glaubhaft darstellen lassen.
- Das wird wegen Frau Merkels verantwortungsloser Kahlschlags-Personalpolitik, die in den oberen Rängen fast nur Ja-Sager übrig gelassen hat, zwar sehr schwer sein, ist aber nichtsdestoweniger unerlässlich, wenn die CDU noch eine Zukunft haben soll. Das heißt insbesondere, dass A. Merkel unverzüglich im Parteivorsitz abgelöst wird und dass sie im Jahr 2018 als Kanzlerin Platz machen muss. Die CDU sollte versuchen, Friedrich Merz wieder für ein politisches Spitzen-Amt zu gewinnen. Es ist nach unserer Auffassung weit und breit niemand zu erkennen, der so viel Vertrauen im Volk gewinnen könnte wie er.

---

7. So unlängst der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier.

- Die Landesebene hat mit der personellen Erneuerung schon angefangen. M. Kretschmer muss mehr als bisher klare inhaltliche Festlegungen treffen, um einen Kurswechsel der Landes-CDU hinreichend deutlich werden zu lassen. Seine Rede auf dem Kreisparteitag in Dresden im Oktober 2017 hat nicht ausgereicht, das Vertrauen darin, daß eine solche Entwicklung eingeschlagen werden wird, zu begründen.

**An den sachpolitischen Forderungen aus unseren Entschließungen aus dem Jahr 2015 halten wir unverändert fest.**